Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 14 (1934-1935)

Heft: 8

Artikel: Internationale Reallöhne, Beschäftigung und Produktion : Lohnpolitik und Krisenbekämpfung

Autor: Grünfeld, Judith

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332109

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mokratie und zum Staat. Sie liegt im Willen, die Sozialdemokratie zur Trägerin des Staates zu machen, in der Erkenntnis, daß dieses Ziel nur gemeinsam mit den andern von der kapitalistischen Wirtschaft in ihrer Existenz bedrohten Volksschichten erreicht werden kann. In dieser Erkenntnis ist eingeschlossen, daß der Uebergang zum Sozialismus nur in einer Zwischenlösung von unbestimmter Dauer bestehen kann, deren Ausmaß nicht zuletzt von den internationalen Verhältnissen abhängt. Auch der Plan der Arbeit ist ein Zwischenprogramm, das viel weniger sozialistischen als antikapitalistischen Charakter trägt und sich der gegebenen Struktur der Schweiz weitgehend anpaßt.

Ist so das neue Parteiprogramm erfüllt vom Willen zur Erhaltung der Schweiz, so fragt es sich, ob dieser Wille auch bei den andern, nicht sozialdemokratischen Volksschichten vorhanden sei. Gefühlsmäßig sicher. Erkenntnismäßig wird es erst einer gewaltigen Aufklärungsarbeit bedürfen, um diesen Schichten verständlich zu machen, was die unvermeidliche Folge der heutigen offiziellen Politik des Bundes ist.

Auch die Programmfrage wird weiterer Abklärung bedürfen. Eine Politik der Mitte kann natürlich nicht darin bestehen, daß der eine Partner das Fleisch und der andere die Knochen bekommt.

So ist die neue Politik der Mitte in erster Linie als *Ziel* wichtig. Zu ihrer Verwirklichung gehört wesentlich mehr: die Einwirkung der sich in der nächsten Zeit rasch entwickelnden äußern Verhältnisse und die Schlußfolgerungen, die sich für die breiten Massen aus diesen Einwirkungen ergeben.

Aber es kommt in der Politik weniger auf Momentanlösungen an. Wesentlich ist, daß man die Entwicklung der objektiven Tatsachen sieht und die neue Politik in Uebereinstimmung mit dieser Entwicklung bringt. Trotz dem Geschrei der Gegner der Kriseninitiative, trotz den krampfhaften Versuchen, die alte Politik der liberal-kapitalistischen Epoche weiterzuführen, treibt die Entwicklung zu einer Konzentration der Mitte, zu einer Politik der bewußten antikapitalistischen Auffassung und damit zu einem neuen politischen Kurs der Schweiz, der ihre Erhaltung und die Existenz ihrer Bürger sichert.

Daß diese Entwicklung mit elementarer Gewalt aus dem Volk selbst hervorbricht, darin besteht ihre Größe.

Internationale Reallöhne, Beschäftigung und Produktion

Lohnpolitik und Krisenbekämpfung.

Von Dr. Judith Grünfeld.

Nach Ausbruch der Weltkrise wurde die Lohnsenkung von Arbeitgebern und reaktionären Regierungen als Hauptmittel der Krisenbekämpfung ausgegeben. Die Folge war in den meisten Ländern eine

recht erhebliche Herabsetzung der Nominallöhne. In ihrer durch die Krise außerordentlich erschwerten Abwehrbewegung gegen den Angriff auf die Löhne vertraten die Gewerkschaften und Arbeiterparteien mit Recht den Standpunkt, daß Lohnsenkung und Herabdrückung des Arbeitseinkommens die Krise und die Arbeitslosigkeit nur noch verschärfen werden. Diese Auffassung findet nun ihre volle Bestätigung, wenn man, rückschauend, die Wirkung der erfolgten Lohnsenkungen in den drei großen Industrieländern England, Deutschland und den Vereinigten Staaten betrachtet.

Mitte 1932, als die Wirtschaftskrise die höchste Zuspitzung erreichte, betrug die Senkung der durchschnittlichen Lohnsätze in den Vereinigten Staaten und in Deutschland etwa 20 Prozent im Vergleich zu 1929, in England betrug die Lohnsenkung gleichzeitig nur 5 Prozent. Aber während der Beschäftigungsstand in den Vereinigten Staaten um 40 Prozent, in Deutschland um mehr als 30 Prozent gegenüber 1929 sank, ist in England die Beschäftigung gleichzeitig nur um 10 Prozent hinter dem Stand von 1929 zurückgeblieben. Die Tatsache, daß die englischen Gewerkschaften die Lohnsenkung aufhielten und auf diese Weise die Massenkaufkraft schützten, hat nicht nur die Arbeitslosigkeit nicht verschlimmert, sondern im Gegenteil: die Beschäftigung sank im Verlauf der Krise in viel geringerem Maße als in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, wo die Lohnsätze bedeutend herabgesetzt wurden. Und mit der Tatsache, daß die Massenkaufkraft in England in den Krisenjahren verhältnismäßig geschont wurde, hängt es auch zusammen, daß England im September 1934 als einziges Land sowohl den Produktions- wie den Beschäftigungsstand von 1929 nicht nur erreicht, sondern auch etwas überschritten hatte.

Bei der Betrachtung der internationalen Statistik der Nominallöhne, die vom Internationalen Arbeitsamt zusammengestellt wird, entdeckt man zwei Länder, die eine rühmliche Ausnahme bilden, da ihr Index der Nominallöhne in den Krisenjahren keine Senkung aufweist. Diese zwei Länder sind, wie aus folgenden Angaben zu ersehen ist, Dänemark und Schweden.

	Dänemark Lohnsätze 1929 = 100				Schweden Lohnsätze 1928 = 100			
	1930	1931	1932	1933	1929	1930	1931	1932
Stundenverdienste	102	102	102	102	102	106	106	104

Der schwedische Lohnindex zeigt also im letzten Krisenjahr einen Rückgang im Vergleich zu den vorhergehenden Krisenjahren, liegt aber etwas höher als in den Jahren des Konjunkturaufschwunges. Dieser Aufrechterhaltung des Lohnniveaus durch die skandinavischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteien ist es zu verdanken, daß nach England Schweden den verhältnismäßig höchsten Beschäftigungsstand im Vergleich zu andern Ländern aufweist, denn dieser betrug im November 1934 94,2 Prozent desjenigen im Jahre 1929. Gleichzeitig hat die industrielle Produktion in Schweden, Norwegen und Dänemark, wie in England, den Stand von 1929 etwas überschritten. Somit

sind diese Länder sowohl hinsichtlich ihres relativen Beschäftigungsstandes wie auch ihres Produktionsstandes allen andern Ländern voraus, was mit ihrer Lohnpolitik zweifellos zusammenhängt. Wenn in den skandinavischen Ländern die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig größer ist als im Jahre 1929, so kommt es daher, daß man mit einer geringern Zahl von Arbeitskräften die gleiche Produktion wie im Jahre 1929 bewerkstelligt, was auf eine technologische Arbeitslosigkeit hindeutet. Diese aber läßt sich nur durch Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung entsprechend der gesteigerten Produktivität der Arbeit vermeiden. Wäre es den Arbeiterorganisationen nicht gelungen, die Lohnsenkung abzuwehren, so wäre die Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Ländern viel höher, als es in den Ländern der starken Lohnsenkung tatsächlich der Fall ist.

Der Aufrechterhaltung ihres Lohnniveaus verdanken die skandinavischen Länder auch den verhältnismäßig geringen Rückgang ihres Volkseinkommens im Krisenjahr 1932 im Vergleich zu 1929, wobei Schweden als einziges Land im Jahre 1932 ein sogar etwas höheres Volkseinkommen aufwies als im Jahre 1929, während gleichzeitig alle von der Weltkrise betroffenen Länder, ausgenommen Großbritannnien, Dänemark und Norwegen, einen außerordentlich starken Rückgang des Volkseinkommens zu verzeichnen haben.

Betrachten wir die Senkung der Nominallöhne im Verlauf der Krise nach wichtigsten Industriegruppen in den einzelnen Ländern, so zeigt sich folgendes Bild:

Senkung der Nominallöhne in Prozenten der Löhne im Jahre 1929.

	Deutschland	England
	Juni 1929 bis Jan. 1934	Dez. 1929 bis Dez. 1933
	Stundensätze	Wochensätze
Metallindustrie	18	0
Bekleidung	23 (für Männer)	4
Holzindustrie	30	7
Bauindustrie	35	9
Buchdrucker	18	0
Nahrungsindustrie	18	4

	Italien	Frankreich
	Juli 1929 bis 1933	Okt. 1930 bis Okt. 1933
Metallindustrie	12	5
Textilindustrie	18	10
Bekleidung	18	7
Nahrungsindustrie	8	5
Bauindustrie	9	—
Buchdrucker	10	5

Vereinigte Staaten von Amerika
April 1929 bis Dezember 1933
Durchschnittliche Stundenverdienste

Textilindustrie	1
Nahrungsindustrie	0
Bekleidung	2
Buchdrucker	4
Metallindustrie	7
Chemische Industrie	7

Die amerikanischen Angaben beweisen, daß im Dezember 1933 die durchschnittlichen Stundenverdienste in den angeführten Industrien um 1 bis 7 Prozent geringer waren als im April 1929, während sie im Dezember 1932 in der Gesamtindustrie noch um 21 Prozent hinter dem Stand von 1929 zurückblieben. Dieser Unterschied ist auf die amerikanische Lohnsteigerung seit Frühjahr 1933 zurückzuführen. Während Roosevelt aus den verheerenden Wirkungen der Lohnsenkung in den Jahren 1930 bis 1932 auf den Beschäftigungsstand die einzig richtige Schlußfolgerung zog, daß nur eine erhebliche und fortgesetzte Lohnsteigerung eine Wirtschaftsbelebung herbeiführen könne, hat Hitler gleichzeitig den Rekord der Lohnsenkung geschlagen, sogar im Vergleich zum faschistischen Italien. Die Herabsetzung der Stundensätze der Holzarbeiter um 30 Prozent und der Bauarbeiter um 35 Prozent bildet die Rekordleistung des nationalsozialistischen Lohndruckes.

Aber der ganze Jammer der deutschen Arbeiterschaft tritt erst recht deutlich zum Vorschein, wenn man nicht nur die horrende Senkung der Nominallöhne, sondern auch die gleichzeitige Preissteigerung im Dritten Reich in Betracht zieht.

Deutschlands Rekord der hohen Preise.

Trotz des höchsten Lohndrucks brachte die wahnsinnige Wirtschaftspolitik Hitlers es fertig, die deutschen Preise so zu steigern, daß Deutschland heute zu den Ländern der höchsten Teuerung gehört. Das beweisen folgende Meßziffern der Goldpreise in den verschiedenen Ländern:

Goldpreise im Großhandel.
1913 = 100

	März 1933	September 1934
Deutschland	91	100
England	68	63
Vereinigte Staaten	86	65
Frankreich	80	75
Belgien	68,9	64,2
Schweden	73	64
Schweiz	90	90
Kanada	85	68
Japan	57	47

Wie man sieht, ist Deutschland das einzige Land, das sich seit Hitlers Diktatur eine Steigerung der *Goldpreise* leistete. Es ist auch

das einzige Land, in dem die Großhandelspreise den Vorkriegsstand erreichen, während die Preise der Exportländer, mit denen Deutschland konkurrieren muß, um 25 bis 37 Prozent — im Falle Japans sogar um 53 Prozent — hinter dem Vorkriegsstand zurückbleiben. Infolge der Lohn- und Preispolitik der Junker und Industriebarone unter dem Schutze des Hakenkreuzes ist das Hitler-Deutschland das Land der sinkenden Reallöhne.

Meßziffern der Reallöhne, errechnet vom Internationalen Arbeitsamt[1].

1929 = 100

	März 1931	März 1932	März 1933	Febr. 1934	März 1934	Juni 1934	Sept. 1934
Deutschland	108	106	105	101	—	—	—
Stundensätze d. Facharbeiter	—	—	103	99	—	—	—
England (Wochensätze)	110	109	112	—	—	—	113
Italien (Stundenverdienste)	101	100	104	106	—	—	—
Frankreich[2]	106	109	110	—	—	—	—
Tschechoslowakei	109	109	111	—	111	—	—
Schweden,							
Tagesverd. der Männer[3]	107	109	108	—	—	—	—
Tagesverd. der Frauen	107	109	110	—	—	—	—
Schweiz,							
Stundenverd. der Männer	100	114	119	—	—	—	—
Polen (Tagessätze)	110	113	113	111	111	—	—
Vereinigte Staaten,							
Industrie, Stundenverd.	110	111	109	—	—	121	—

Diese vergleichenden Angaben beweisen, daß infolge des Preisrückganges und der Verbilligung der Lebenshaltung in allen Ländern, auch in Deutschland vor Hitler, der reale Stundenlohn gegenüber 1929 gestiegen war. Davon profitierten nur diejenigen Arbeitnehmer, die das Glück hatten, in den Krisenjahren vollbeschäftigt zu sein. Diese Steigerung der Realverdienste der Vollbeschäftigten brachte es mit sich, daß in den Ländern der Massenarbeitslosigkeit die gewerkschaftliche und politische Spaltung der Arbeiterschaft in Beschäftigte und Arbeitslose, die von der Krise so verschieden betroffen wurden, sich verschärfte.

Aber die oben angezeigte Steigerung der Reallöhne ist für die gesamte Arbeiterschaft von Bedeutung, seitdem die Weltarbeitslosigkeit in Abnahme begriffen ist. Der internationale Index der Arbeitslosigkeit zeigt folgende Veränderung auf:

1929 = 100

Juli	1932	280
März	1933	270
Dezember	1933	230
April	1934	216
Juni	1934	197

[1] Für jedes Land die zuletzt verfügbaren Daten.
[2] Stundensätze nur für Männer in Paris im Oktober des jeweiligen Jahres.
[3] Jahresdurchschnitt.

Das bedeutet einen Rückgang um 30 Prozent gegenüber dem Höchststand im Juli 1932. Nach England und den skandinavischen Ländern, die, wie gesagt, sowohl den Beschäftigungs- wie den Produktionsstand von 1929 erreichten, beziehungsweise sich demselben nähern, sind es die Vereinigten Staaten, die eine Abnahme der Arbeitslosen um 4 Millionen erzielten. Und dies durch Steigerung der Löhne. Denn in den Industrien, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die staatlichen »Codes« geregelt wurden, entwickelten sich die Reallöhne wie folgt:

		Gesamtdurchschn. d. Reallöhne		Reallöhne der Frauen	
		Stundenverd.	Wochenverd.	Stundenverd.	Wochenverd.
		1929 = 100			
März	1933	110	72	102	78
Dez.	1933	122	85	—	—
März	1934	128	92	135	105
Juni	1934	128	96	136	105

Infolge erheblicher Lohnsteigerung und Zunahme der Beschäftigung nähern sich die Wochenverdienste amerikanischer Arbeiter dem Stand von 1929, während die realen Wochenlöhne der Arbeiterinnen durch *stärkere Erhöhung der Frauenlöhne* höher sind als im Jahre 1929. Und dieser Erhöhung der Massenkaufkraft verdanken die Vereinigten Staaten ihre Produktionssteigerung um *45,6 Prozent im Juni 1934* gegenüber Juni 1932. Während Roosevelt von den Arbeitgebern die Anerkennung der Gewerkschaften fordert, die die Kollektivverträge abschließen, hat Hitler die freien Gewerkschaften und Betriebsräte vernichtet, um den »Betriebsführern« die ungestörte Aussaugung der »Gefolgschaft« zu ermöglichen. Infolgedessen gibt es in Deutschland praktisch *keine* Tariflöhne, weil es keine Arbeiterorganisationen gibt, die ihre Einhaltung fordern könnten; in den Betrieben herrscht Antreiberei zu Rekordleistungen wie in vorgewerkschaftlichen Zeiten, wobei die Leistungslöhne immer tiefer herabgedrückt werden, die Reallöhne infolge der Preissteigerung weiter herabsinken. So hat denn auch Hitlers »Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit« keine Erhöhung der Massenkaufkraft bewirkt, denn das neue Einkommen, das durch die Abnahme der Arbeitslosen geschaffen wurde, wurde gleichzeitig durch allgemeine Lohnkürzungen und Abgabenerhöhungen wieder zerstört. Die Lohn- und Preispolitik der deutschen Junker und Industriebarone unter Hitlers Diktatur führt gleichzeitig zur Drosselung des Inlandabsatzes und der Ausfuhr. Während in den Vereinigten Staaten, in England und in den skandinavischen Ländern die Zunahme der Produktion durch Hebung der Massenkaufkraft erzielt wurde, führt der nationalsozialistische Rekordlohndruck zur Drosselung der Massenkaufkraft. Welche Bedeutung der Massenkaufkraft für die Produktionsbelebung zukommt, beweisen ganz klar folgende Meßziffern der schwedischen Produktion:

1929 = 100	1932	1933	1934 2. Vierteljahr
Schwedens industr. Produktion			
für den Export	66	72	82
für den Inlandsmarkt	87	88	112

Daß Lohndruck zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führt, wird auch das Dritte Reich erfahren, sobald seine starke Steigerung der Produktion der Morderzeugnisse infolge Finanz- und Rohstoffmangels ins Stocken geraten wird. In den Ländern aber, wo es freie und einflußreiche Arbeiterorganisationen gibt, sieht man bereits ein, daß nicht Lohnsenkung, sondern nur Hebung der Massenkaufkraft dem Krisenelend entgegenwirken kann. Die praktische Durchführung dieser Erkenntnis erfordert freilich in manchen Ländern besonders harte Kämpfe.

Hitler und die Folgen

Von Ernst Reinhard.

Die Zerreißung des Versailler Vertrags und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland haben den Bundesrat bewogen, dazu in einer Sitzung Stellung zu nehmen. Als Frucht der Beratungen wurde dem Volke mitgeteilt, daß man höchst zufrieden sei über die eigene Einsicht, welche zur Verlängerung der Rekrutenschule geführt habe. Drei Wochen länger Dienst für etwa 12,000 junge Leute: die große Gefahr Deutschland ist gebannt. Wenn an Biertischen am 18. März so philosophiert wurde, ist das zu begreifen. Hat der Bundesrat nicht die Pflicht, das überrheinische Ereignis etwas ernsthafter anzusehen? Hätte er nicht vor allem die Pflicht gehabt, zwei Probleme zu überprüfen: dasjenige unserer Außenpolitik und das andere unserer wirtschaftlichen und unserer geistigen Rüstung? Wir sprechen hier nur zum ersten.

Die neue Militärmacht an unserer Nordgrenze ist nicht von heute auf morgen entstanden; der Gewaltakt Hitlers hat nur von den Geheimnissen den Schleier weggezogen und Deutlichkeit geschaffen, wo Vermutung und ungenaue Kenntnisse bis heute ausreichen mußten. Daß Deutschland seit dem 30. Januar 1933 sich nicht mehr an die Vorschriften des V. Abschnitts des Versailler Vertrags hielt, daß es seine Reichswehr als Kader der neuen Armee einsetzte, daß es vorerst im geheimen neue Regimenter und Divisionen aufstellte, daß es sich eine Luftflotte schuf, daß es der Rüstungsindustrie jeglicher Art Massenaufträge gab, daß sein Wehrbudget um das Vierfache angewachsen war, daß es Festungen anlegte: alles dies ist nicht nur von der faschistenfeindlichen Presse unzählige Male gemeldet worden. Das wußten die Fachleute, und wenn sie es nicht wußten, dann sollten sie sich möglichst rasch begraben lassen. Pétain hat wenige Tage vor der Göringschen Provokation und der Hitlerschen Proklamation ge-